

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15599

"Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15599 vom 21.02.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 22.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16725 des VF vom 16.03.2017
5. Beschluss des Plenums 17/16861 vom 10.05.2017
6. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Rahmen des Anhörungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen zusammen mit dem Gesetzesentwurf vom zuständigen Staatsministerium zu veröffentlichen, wenn keine datenschutzrechtlichen Belange entgegenstehen und die jeweiligen Verfasser einer Veröffentlichung der Stellungnahme nicht widersprechen.

Begründung:

Bislang wird der Landtag auf der Grundlage des Parlamentsbeteiligungsgesetzes und der Vereinbarung zum Parlamentsbeteiligungsgesetz durch das federführende Staatsministerium über Gesetzentwürfe der Staatsregierung unterrichtet, sobald sie den kommunalen Spartenverbänden, sonstigen Verbänden, Organisationen oder Körperschaften nach Abschluss des Ressortanhörungsverfahrens zur Anhörung zugeleitet werden. Die abgegebenen Stellungnahmen werden dem Landtag jedoch nicht vom Staatsministerium zur Verfügung gestellt. Nach Ansicht der Antragsteller sollten künftig grundsätzlich alle Stellungnahmen, die im Rahmen der Anhörung abgegeben werden, veröffentlicht werden (vgl. auch Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER vom 17. Juni 2010, Drs. 16/5160). Der Landtag kann seinem Gesetzgebungsaufrag und seinen Kontrollrechten nur dann umfassend gerecht werden, wenn ihm alle Informationen, die die Landesgesetzgebung betreffen, zur Verfügung gestellt werden. Doch nicht nur der Landtag sollte besser informiert sein, auch den Bürgerinnen und Bürgern sollten die Stellungnahmen im Internet zugänglich gemacht werden. Dies dient der Verbesserung der Transparenz, der öffentlichen Diskussion und damit letztendlich auch dem Gesetzgebungsverfahren. Am 16. Februar 2017 wurde im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration einstimmig ein ähnlicher Antrag beschlossen, allerdings nur beschränkt auf das Integrationsgesetz. Auf Bundesebene veröffentlicht z.B. seit kurzem das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz auf seiner Internetseite eine Übersicht zu den Stellungnahmen von Verbänden, Organisationen und Institutionen zu den Gesetzentwürfen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (erfasst ab dem 22. April 2016). Einer Nachfrage von Abgeordnetenwatch.de zufolge wird hiervon nur dann eine Ausnahme gemacht, wenn der Veröffentlichung widersprochen wurde. In einem solchen Fall wird lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat.

er nicht mehr bei uns im Petitionsausschuss ist, wird kein einziger Fall an die Härtefallkommission weitergeleitet. Das ist eine Situation, die ich nicht verstehe.

Ich glaube, und das entnehme ich auch Ihrem Beitrag, Sie sind auch betroffen. Das nehme ich Ihnen auch ab. Was wir im Moment im Petitionsausschuss aber machen, das ist eine sehr starke Härte. Das wird den Fällen nicht gerecht. Wenn wir den Presseberichten heute entnehmen, dass 40 der 50 Personen, die heute am Flughafen München in den Flieger steigen, aus Bayern kommen, dann muss man sich doch fragen, warum das so ist. Wie kommt es zu dieser Situation? In der lokalen Presse muss ich mir von dem CSU-Abgeordneten Schalk vorwerfen lassen, dass ich ein schwer gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat habe, weil ich darauf hingewiesen habe, dass wir Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen können. Diese Diskussion verstehe ich nicht mehr. Wer hat denn hier ein schwer gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat? Sind das die 13 Bundesländer, die momentan die Abschiebung ausgesetzt haben?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Barbara Stamm (CSU): Herr Kollege, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede nicht nur über Solidarität, sondern ich will Solidarität nach Möglichkeit auch leben. Etwas anders werden Sie von mir nicht erleben. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, auch den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion dafür, was in den zurückliegenden Monaten im Petitionsausschuss geleistet worden ist. Ich sage, die Kolleginnen und Kollegen haben nichts anderes getan, als nach Recht und Gesetz zu entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb können wir uns im Grunde genommen auch nicht hinstellen und sagen, wie schlimm das alles ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Die Kolleginnen und Kollegen haben im Petitionsausschuss nach Recht und Gesetz entschieden. Das ist ihnen menschlich nicht leicht gefallen, das haben wir heute in der Debatte gemerkt. Das haben wir heute auch gespürt. Die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion haben im Petitionsausschuss nach Recht und Gesetz entschieden. Weil dem so ist, können im Grunde genommen nur die Innenminister dem Rechnung tragen. Sie können überlegen, ob sie die Lage anders beurteilen als bisher, ob die Abschiebepraxis so bleibt oder nicht. Das ist die Aufgabe, die jetzt vor uns steht, nichts anderes.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, bevor ich Staatsminister Herrmann das Wort erteile, darf ich mit Blick auf die Uhr auf Folgendes hinweisen: Wir haben jetzt noch den Beitrag des Herrn Staatsministers. Danach haben wir zwei namentliche Abstimmungen. Das heißt, die restlichen beiden Tagesordnungspunkte werden wir heute nicht mehr aufrufen können, da wir ein festes Sitzungsende vereinbart haben.

(Zuruf: Drei Punkte!)

– Es sind noch drei Punkte? – Noch besser. Vielen Dank für den Hinweis. Auf jeden Fall macht es keinen Sinn, im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt noch weitere Punkte aufzurufen. – Herr Staatsminister, bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den vorliegenden Anträgen nur fünf kurze Anmerkungen machen.

Erstens. Wir haben in Deutschland eine so intensive rechtsstaatliche Prüfung von Asylanträgen, wie es sie in nur ganz wenigen Ländern dieser Welt überhaupt gibt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge steht weltweit in dem Ruf, eine der kompetentesten und seriösesten Behörden dieser Art auf der ganzen Welt zu sein. Ich glaube, dass das niemand hier im Hause infrage stellt. Die Entscheidungspraxis des Bundesamts der letzten zwei Jahre, zum Teil auch der weiter zurückliegenden Jahre zu Afghanistan belegt, dass gerade bei der Beurteilung von Asylanträgen von Menschen aus Afghanistan sehr individuell entschieden wird. Es gibt bekanntlich Länder, aus denen Asylbewerber zu uns kommen, die zu 80 bis 90 % zumindest in einem zweiten oder dritten Schritt anerkannt werden. Es gibt andere Länder, aus denen Asylbewerber kommen, deren Anträge nahezu immer abgelehnt werden. Bei den Anträgen von Menschen aus Afghanistan hatten wir in den letzten zwei, drei Jahren wechselweise eine Schutzquote von 60 % oder 50 %. Auf jeden Fall ist offensichtlich, dass jeder Einzelfall genau angeschaut wird und dass das Bundesamt dann zu dem Ergebnis kommt, dass der eine verfolgt ist, weil sein Leben bedroht ist, andere dagegen keinen Anspruch darauf haben, bei uns zu bleiben.

Diese Entscheidung wird dann in den allermeisten Fällen von Verwaltungsgerichten überprüft. In Einzelfällen korrigieren die Verwaltungsgerichte die Entscheidung des Bundesamtes. In den meisten Fällen bestätigen sie aber die Entscheidung. Ein Verwal-

27. Februar dieses Jahres, das ich hier in den Händen habe, ignoriert werden.

(Zurufe von der CSU)

Dieses Schreiben ist keinesfalls hinnehmbar und entschuldbar

(Beifall bei den GRÜNEN)

nach diesen intensiven Diskussionen, die wir hier in den Parlamenten geführt haben, nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Bundesländern, nach diesen Stellungnahmen des UNHCR und der Vereinten Nationen. Wir sagen: Die neuen Grundlagen müssen so schnell wie möglich anerkannt werden. Sie dürfen nicht länger ignoriert werden. Deswegen können wir diesem Antrag, der zwar von der Zielrichtung her die richtige Überschrift hat, nicht zustimmen. Wir müssen uns enthalten, weil wir sagen, wir können nicht unglaubliche Anträge unterstützen, wenn sie nicht dazu führen, dass tatsächlich auf allen Ebenen in die richtige Richtung gearbeitet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin. – So schlimm war es jetzt doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Sie hat doch jetzt begründet, warum sie nicht zustimmen kann.

(Zurufe von der CSU)

Sie hat die fünf Minuten nicht einmal ausgenutzt. Also, bitte!

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ein neutrales Präsidium, bitte!)

– Ja. Liebe Frau Kollegin, das war jetzt eher etwas Ironie in Richtung CSU-Fraktion, falls Sie das nicht gemerkt haben sollten.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir beginnen mit der Abstimmung. Die Urnen befinden sich an den bekannten Stellen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und nutze die Zeit, um das Ergebnis der na-

mentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Gundremmingen stilllegen bis die Störfallbeherrschung hergestellt ist", Drucksache 17/15807, bekannt zu geben: Mit Ja haben 47 Abgeordnete und mit Nein 80 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Offen ist auch die Bekanntgabe des Ergebnisses der noch am 22. Februar 2017 durchgeführten namentlichen Abstimmung zum

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!
(Drs. 17/15594)

Mit Ja stimmten 49 Abgeordnete und mit Nein 83 Abgeordnete bei 7 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Das war noch nicht das Ergebnis der soeben durchgeführten Abstimmung.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge aus der letzten Plenarsitzung auf den Drucksachen 17/15596, 17/15598 und 17/15599 sowie 17/15611 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Jetzt brauchen wir nur noch einen Moment zu warten, bis das Ergebnis der Abstimmung vorliegt.

(Unterbrechung von 17.44 bis 17.45 Uhr)

Vielen Dank. – Dann gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15609 betreffend "Abschiebungen nach Afghanistan umgehend aussetzen!" bekannt: Mit Ja stimmten 28 Abgeordnete, mit Nein 73 Abgeordnete bei 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Mitarbeit und schließe damit die Sitzung. Ich wünsche Ihnen eine gute Nachhausereise und ein schönes Wochenende.

(Schluss: 17.47 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/15599**

Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die im Rahmen des Anhörungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen zusammen mit dem Gesetzesentwurf vom zuständigen Staatsministerium veröffentlicht werden können, sofern keine einschlägigen Belange entgegenstehen.“

Berichterstatter: **Peter Meyer**
Mitberichterstatterin: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 69. Sitzung am 16. März 2017 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hannisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15599, 17/16725

Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die im Rahmen des Anhörungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen zusammen mit dem Gesetzestext vom zuständigen Staatsministerium veröffentlicht werden können, sofern keine einschlägigen Belange entgegenstehen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. März 2017 (Vf. 16-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Abs. 1 Satz 1 und des § 4 Abs. 2 und 3 der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG) vom 27. Juli 2011 (GVBl. S. 346, BayRS 2170-5-1-G), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 14. Oktober 2014 (GVBl. S. 450) geändert worden ist
PII-G1310.16-0013
Drs. 17/16616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Elektrifizierungsoffensive für Bayern starten
Drs. 17/14690, 17/16684 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgasfreier Schienenpersonennahverkehr
Drs. 17/14692, 17/16685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angebotsausweitung S-Bahn Nürnberg:
Taktlücken schließen, Nachtverkehr bestellen
Drs. 17/14948, 17/16686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Änderung der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung
Drs. 17/15316, 17/16492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auch den Landtag über zukünftige Möglichkeiten der gemeinsamen Wissenschaftskooperation informieren
Drs. 17/15434, 17/16698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grundschulzeugnis vereinfachen: Qualität vor Quantität
Drs. 17/15436, 17/16710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Gerechtigkeit.Bildung.Zukunft – Mittelschulen stark machen
Drs. 17/15513, 17/16711 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulleitungen brauchen mehr Leitungszeit
Drs. 17/15519, 17/16712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen
Drs. 17/15599, 17/16725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bauland aktivieren – Wohnraum schaffen
Drs. 17/15611, 17/16728 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Vorlage eines Gesetzes über den Vollzug des Jugendarrestes
Drs. 17/15641, 17/16726 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Auswirkungen der Situation der HSH Nordbank auf die bayerischen Sparkassen und die BayernLB
Drs. 17/15644, 17/16729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilferufe der Schulen ernst nehmen I –
Mangel an Schulleiterinnen und Schulleitern wird immer größer!
Drs. 17/15645, 17/16713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilferufe der Schulen ernst nehmen III –
Gute Schulen brauchen Zeit für Führung!
Drs. 17/15647, 17/16714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortige Einstellung des Förderprogramms der Flughafen München (GmbH)
Drs. 17/15740, 17/16730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Grundsteuer ergänzen –
Flächenverbrauch vermeiden
Drs. 17/15742, 17/16731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten
der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern
Drs. 17/15756, 17/16687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU
Landwirtschaftliche Ausbildung für Migranten
Drs. 17/15775, 17/16441 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Dr. Otto Hünniker u.a. CSU
Bauen mit Holz
Drs. 17/15799, 17/16688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU
Drs. 17/15810, 17/16732 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Notprogramm zur Unterrichtsversorgung –
Prekäre Situation an den Grund- und Mittelschulen lösen
Drs. 17/15811, 17/16715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Alternative Antriebstechnologien im Schienenverkehr
Drs. 17/15816, 17/16689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Handeln statt Reden:
Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen sofort entlasten
Drs. 17/15820, 17/16716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Robert Brannekämper u.a. CSU
Prüfung von Dienstleistern: Netzwerken von Extremisten und Sekten vorbeugen
Drs. 17/15830, 17/16699 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Notsituation an Grund- und Mittelschulen – Lehrermangel sofort stoppen!
Drs. 17/15839, 17/16717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Unterrichtsversorgung sicherstellen –
Extrapool für längerfristige Ausfälle von Lehrkräften einrichten
Drs. 17/15840, 17/16718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>